



Foto: Angie Ehinger

DEM KAISERREICH EIN DENKMAL!

Ein Plädoyer gegen das Schlechreden deutscher Geschichte

Bundespräsident Steinmeier hat vor wenigen Tagen bei einer Veranstaltung zum 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Kaiserreiches geäußert, dass *„unsere Perspektive auf diese Epoche deutscher Geschichte ... gebrochen (ist), schon durch die Kriege, mit denen die Einheit erzwungen wurde, vor allem aber durch die Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Einen ungetrübten Blick zurück auf das Kaiserreich, vorbei an Völkermord, an zwei Weltkriegen und einer von ihren Feinden zerstörten Republik ... kann es nicht geben“*. Der Bundespräsident taucht damit eine entscheidende Ära in ein fahles Licht. Werfen wir einen Blick zurück und fragen uns, ob derartige Trübungen der Linse berechtigt sind. Das Deutsche Reich von 1871 war keineswegs nur - wie behauptet - eine Gründung aus „Blut und Eisen“.

Bismarck genoss die massive Unterstützung von Liberalen und Demokraten in den Klein- und Mittelstaaten, dahinter stand die Nationalbewegung. Im Gegensatz zu den Fürsten zeigte das Volk eine betont nationale Haltung. Nach den Befreiungskriegen hatte sich Preußen, später der Norddeutsche Bund, zu einem ernsthaften Machtfaktor entwickelt. Ja - am Ende ermöglichte erst ein Krieg den deutschen Nationalstaat, weil Frankreich als konkurrierende Macht ihn verhindern wollte. In einem Zeitalter mit nationalistischen Tendenzen allerorten war Bismarcks Werk nicht ohne militärische Mittel zu verwirklichen. Die Alternative war, sich weiterhin als Spielball des westeuropäischen Hegemons drangsalieren zu lassen, statt dem wachsenden Bedürfnis nach nationaler Einheit der Deutschen nachzugeben.

Souveränität statt Abhängigkeit

Auch wenn beim Festakt zur Reichsgründung am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles das Volk nicht vertreten war, wurde der neue Staat zu einer Angelegenheit der Massen. Im Ergebnis entstand ein Reich mit der in Europa damals üblichen Staatsform einer konstitutionellen Monarchie. Die Verfassung sah ein vergleichsweise demokratisch gewähltes Parlament und Volkssouveränität vor. Träger der Souveränität und oberstes Organ war ein von 25 Mitgliedstaaten bestückter Bundesrat mit einer garantierten Macht der Fürsten. Sicherlich nicht Pluralismus und Demokratie im heutigen Sinne, aber ein gewaltiger Fortschritt gleichwohl. Das monarchische Bundesstaatsprinzip entfaltete weitreichende Wirkungen. Das föderale Verhandlungs- und Konfliktlösungssystem der Bundesrepublik Deutschland hat dort eine dicke Wurzel.

Das Deutsche Reich war de facto ein Bundesstaat, die Souveränität lag beim Gesamtstaat. Der Dualismus zwischen

dem dominanten Preußen – allein ohne Mehrheit – und dem Gesamtstaat führte zum ständigen Wettbewerb um die bessere Lösung. Innere Konflikte gab es zuhauf, Bismarcks Kulturkampf gegen die katholische Kirche und die Sozialistengesetze mögen als Beispiele genügen. Die innere Einigung des Reiches zog sich angesichts zahlreicher Widersprüche denn auch bis etwa 1890 hin. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch trat gar erst 1900 in Kraft.

Das Kaiserreich war ein Rechtsstaat

Das Deutsche Reich gründete als Nationalstaat auf dem Staatsvolk. Historisch gesehen gehören Nation und Demokratie eng zusammen, keines kann ohne das andere richtig verstanden werden so die Historikerin Liah Greenfeld. In Deutschland will man diesen Zusammenhang „dank“ der 68er nicht mehr wahrhaben. Die Welt nach Nationen zu ordnen, war ein Angebot zur radikalen Vereinfachung wie ein Riesenfortschritt für die Bürger: erst vor ihr war jeder gleich. Die Nation bot der Historikerin Hedwig Richter von der Bundeswehr Universität München zufolge Identität, Zugehörigkeit und in gewisser Weise sogar Geborgenheit. Der kleine Mann brauchte das Vaterland zur Befreiung aus dem Joch des Ständestaates, Patriotismus wurde zum Ersatz für früheren Untertanengeist. Es entstand eine stabile Staatsordnung mit einheitlicher Sprache, Währung und Außenpolitik.

Im Gegensatz zum preußischen Dreiklassenwahlrecht wirkte das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht integrierend: Gegner Preußens gingen ebenso zur Wahl wie bayerische Patrioten und Befürworter einer großdeutschen Lösung. Der Reichstag bot auch mit seinen eingeschränkten Möglichkeiten ein Podium, sich für die jeweiligen Belange einzusetzen. Eine oft hohe Wahlbeteiligung bis 60 Prozent und mehr belegt dessen Integrationswirkung. Das sich formierende Parteiensystem nahm die massiven politisch-sozialen Spannungen auf.

Die Gleichheitsidee wurde zum Anstoß für den Sozialstaat, der sich mit der Politisierung der Massen entfalten konnte. Der fast ausschließliche Männerbezug war damals kein Alleinstellungsmerkmal. Die Inklusionskraft der Nation ermöglichte aber den Frauen auch qua Bildung den Aufbruch zur Überwindung der Geschlechterschranken. Antisemitismus war ebenfalls keine deutsche Besonderheit. Auf dem Land und in den Städten war jedoch die Inklusion der Juden der Normalfall, was sich nach dem Ersten Weltkrieg – leider – ändern sollte.

Bismarcks Sozialgesetze

Die Reichseinigung war nicht nur ein emotionales Projekt für alle Stände und Schichten, sie war geradezu Voraussetzung für den Eintritt in die Moderne. Die Reichsjustizgesetze von 1877, insbesondere das Gerichtsverfassungsgesetz, garantierten Rechtsgleichheit für alle Deutschen. Eine kaum zu überschätzende Voraussetzung für die Wirtschaftsentwicklung, kaum weniger auch für den sozialen und wissenschaftlichen Aufstieg des Landes. Die preußische Gewerbeordnung wurde bindend für das ganze Reich. Der Reichstag vereinheitlichte Münzen, Maße und Gewichte und führte ein neues Handelsgesetzbuch ein. Die Ökonomie wurde von der Kleinstaaterei befreit.

Jeder Deutsche konnte sich im Reich niederlassen wo er wollte, Zuzugsbeschränkungen wurden beseitigt. Für Unterstützung bei Krankheit und Verarmung wurde der Wohnort zuständig, nicht wie früher der Heimatort. Bismarcks Sozialgesetzgebung ermöglichte eine bis dahin undenkbare Grundsicherung: Kranken- und Unfallversicherung 1883-84, Alters- und Invaliditätsversicherung 1889 und schließlich 1891 die Rentenversicherung. Das „soziale Jahrhundert“ veränderte die Welt zum Guten. Die Gewerkschaften zählten Millionen Mitglieder, die Unterklassen emanzipierten sich schrittweise.

Güter für die ganze Welt

Das Kaiserreich eröffnete einem ungeahnten gesellschaftlichen Wandel Tür und Tor. Die Volksbildung blühte auf, der Tüchtige wurde belohnt. Es war damals nicht nur in naturwissenschaftlicher und technischer, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht das modernste Land der Welt. Der wachsende Wohlstand entwickelte starke Integrationskräfte für alle gesellschaftlichen Schichten. Das Volkseinkommen stieg binnen 20 Jahren um ein Drittel, die Reallöhne um fast das Doppelte. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft stellte die Konkurrenz in den Schatten, wie China heute wurde Deutschland zur „Werkshalle der Welt“. Deutschland produzierte weit mehr Strom als England, Frankreich und Italien zusammen. Die Kommunikations- und Verkehrsnetze entwickelten sich sprunghaft. Sicherheit und Ordnung wussten die Bürger zu schätzen. Aber es stand eben auch nicht jedermann auf der Sonnenseite des Lebens, Armut und Wohnungselend in den Ballungsgebieten waren Kehrseiten der rasanten Industrialisierung und des Bevölkerungswachstums.

Ansätze einer Bürgergesellschaft

Auch die nationalen Minderheiten – 2,5 Millionen Polen, 200.000 Dänen sowie 1,5 Millionen Elsässer und Lothringer – waren im Parlament vertreten. Die Bedeutung der Presse

wuchs, mehr als 6.000 Zeitungen versorgten die Bevölkerung mit Informationen. Die integrative Wirkung des Kaiserreiches fand interessanterweise im Militär eine Grenze: die Königreiche Bayern, Württemberg und Sachsen unterhielten eigene Armeen. Die neue Flotte war die einzige Streitmacht, die dem Reich unterstand und nicht den Ländern. Überall im Reich entstanden Vereine, die Bürger engagierten sich: zur Bekämpfung der Armut und zur Befreiung der Frauen, zur Förderung von Hygiene und Gesundheit und zur Bekämpfung der Prostitution. Und nicht zuletzt entstanden auch Krieger- und Veteranenvereine in großer Zahl. Sie waren Selbsthilfeorganisationen für die Invaliden und Kriegshinterbliebenen. Auch der Nationalstolz hatte dort eine Heimat.



„Historische Sozialwissenschaft“

Die Reichseinigung zu Bismarcks Schurkenstück umzudeklariieren und das Kaiserreich zu einer Vorstufe der „Machtergreifung“ zu dämonisieren ist deren fragwürdige Errungenschaft. Deutschland sei damit auf die schiefe Bahn geraten, auf der es in gerader Linie in den Nationalsozialismus schlitterte. Mit den moralisierenden Maßstäben der Gegenwart wurde das Kaiserreich zum Problemfall der deutschen Geschichte stilisiert. Zweifellos war es ein Staat mit mehrerlei Gesichtern. Die Überbetonung des Militärischen und Nationalen war eines davon, wie allerdings zu der Zeit in anderen Ländern nicht weniger. Auch die Kaiserkrönung im Nationalheiligtum Versailles hatte mit der Demütigung der Franzosen eine lange nachwirkende Schattenseite. Die verheerende Wirkung einseitiger Historikerthesen ist am aktuellen Traditionserlass der Bundeswehr abzulesen. Außer Scharnhorst und wenig mehr ist nur noch die eigene Geschichte als traditionswürdig zugelassen. Dabei sind historische Erinnerung und Tradierung für eine Nation, nicht weniger für eine Armee unverzichtbar. Ein Baum mit gekappten Wurzeln verdorrt. Der bundesdeutsche Nationalstaat ist aber nicht vom Himmel gefallen, seine Fundamente gründen über Jahrhunderte. Der Bundesadler und das Eiserne Kreuz stehen symbolisch für dessen Bezug zum Kaiserreich.

Ein getrübler Blick ergibt ein schiefes Bild

Trotz einiger milderer Argumente war der Bundespräsident schlecht beraten, beim Blick zurück die Katastrophenbrille des 20. Jahrhunderts aufzusetzen. Die Weltkriege waren nicht des Kaiserreiches logische Folge. Es war nicht machtgieriger, aggressiver oder kriegslüsterner als andere Staaten. Eher im Gegenteil stellte es anders als die Nachbarn Frank-


Fortsetzung auf Seite 6

reich und Russland keine Gebietsansprüche auf dem Kontinent. Bismarck hatte eine großdeutsche Lösung wie auch die Einbeziehung der Deutschbalten abgelehnt, um Konflikten aus dem Weg zu gehen. Er setzte auf Ausgleich in Europa. Schwieriger wurde es nach Bismarcks Entlassung, als dessen „Politik der Sätturiertheit“ aufgegeben wurde.

Nach Eugen Gerstenmaier bewegen wir uns in vielfältiger Weise in jenem politischen Raum, der 1871 geschaffen wurde. Auf den Schultern des Kaiserreiches stehen wir noch heute, dessen Erbauern schulden wir großen Respekt. Deren Pionierleistungen auf zahlreichen Gebieten mit den heutigen moralisierenden Maßstäben zu vermessen, nagt am tiefgründenden Fundament unserer Nation. Man messe das Reich an dem, was vorher war und nicht an einer schöngeredeten Gegenwart.

Obwohl das Kaiserreich kaum jemand zurück haben möchte, sind dort gewichtige Bausteine eines demokratischen Rechtsstaates, einer moderner Staatsorganisation und dessen Verwaltung entstanden. Jeder Fortschritt musste erkämpft werden, nichts war selbstverständlich. Andere Länder hätten den 18. Januar längst zum nationalen Feiertag erhoben. Das Deutsche Kaiserreich verdient eher ein Denkmal, anstelle es für die Abgründe des letzten Jahrhunderts auf die Anklagebank zu setzen.

In Treue fest!



Richard Drexel
Oberst a.D.